

Schlag auf Schlag

„Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.



Karl-Josef Laumann
(CDU)



Norbert Römer
(SPD)

Besonders wichtig für die unmittelbare Zukunft Nordrhein-Westfalens sind mir die Themen ...

... Schule als originäre Länderkompetenz, aber auch die Wirtschaftspolitik, konkret der Kraftwerksbau in Datteln. Die Grünen wollen dieses industrielle Großprojekt verhindern. Und Frau Kraft? Die hüllt sich in Schweigen. Ein Scheitern Dattelns wäre ein verheerendes Symbol für den Wirtschaftsstandort NRW.

... gesellschaftlicher Zusammenhalt, Bildung und eine innovative Wirtschafts- und Energiepolitik. Dabei werden wir die Betroffenen von politischen Entscheidungen viel stärker einbeziehen, als dies in der jüngeren Vergangenheit der Fall war. Wir machen Betroffene zu echten Beteiligten.

Mittelfristig kümmern müssen wir uns schwerpunktmäßig um ...

... die Haushaltskonsolidierung. Und zwar nicht nur mittelfristig, sondern ab sofort. Denn die Schuldenbremse verpflichtet uns dazu, bis 2020 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Helmut Linssen hat gezeigt, wie es geht. Wer jetzt das Konto unserer Kinder weiter überzieht, handelt unmoralisch!

... unser Bildungssystem. Es muss gerechter und leistungsfähiger werden. Damit schaffen wir die Voraussetzungen zugleich für wirtschaftliche Stärke und Zukunftsfähigkeit, für Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit.

Wenn es Themen gibt, die man über Fraktionsgrenzen hinweg angehen kann, dann wären dies insbesondere ...

... die Kommunal Finanzen, die Integrationspolitik, aber auch Fragen in der Justiz- und Innenpolitik. Fundamentalopposition wird es mit uns nicht geben. Zu konstruktiven Gesprächen sind wir stets bereit. Das würde aber auch bedeuten, dass sich die SPD auch gegen ihren Koalitionspartner durchsetzen kann.

... das Thema Integration. Bereits vor neun Jahren gab es ja eine gemeinsame Integrationsoffensive des Landtags. Angesichts der aktuellen Diskussion ist es umso wichtiger, dieses Thema nicht den Stammtischen zu überlassen.

Eine falsche politische Weichenstellung wäre zum jetzigen Zeitpunkt aus meiner Sicht ...

... die von Rot-Grün bereits eingeleitete Rückabwicklung vieler schwarz-gelber Errungenschaften. Die Landesregierung benimmt sich wie ein Kind, das am Strand die Sandburgen der anderen Kinder kaputt macht und fragt: Willst du mit mir spielen? Das nennt sie „Koalition der Einladung“. Ich nenne das schlechten Stil.

... wenn die fünf Fraktionen im Landtag nicht jede Chance zur konstruktiven Zusammenarbeit nutzen würden. Das Wahlergebnis hat alle vor eine große Herausforderung gestellt. Aber im Interesse des Landes sollten alle ideologische Scheuklappen ablegen und Möglichkeiten der Kooperation suchen.

Ich sehe Chancen, das eine oder andere politische Kapitel, an dem schon lange gearbeitet wird, demnächst abzuschließen, und zwar ...

... das Kapitel „Subventionierter Steinkohlenbergbau“. Das Steinkohlefinanzierungsgesetz war eine der bedeutendsten wirtschaftspolitischen Entscheidungen seit Jahrzehnten. Ziel muss es sein, dem hier geregelten sozialverträglichen Ausstieg zum Jahr 2018 nun auch auf EU-Ebene Geltung zu verschaffen.

... die Abschaffung der Studiengebühren. Unser Ziel ist der Abbau von Hürden, die den Zugang zu guter Bildung erschweren. Für unser Land ist es unverzichtbar, aus Gründen der Chancengerechtigkeit, aber auch um dem drohenden Fachkräftemangel zu begegnen, möglichst alle Bildungspotenziale zu erschließen. Dieses Versprechen lösen wir jetzt ein.

*Idee und Umsetzung:
Sonja Wand, Sebastian Wüwer*

Diesmal sind es die Vorsitzenden der fünf Landtagsfraktionen.

Reiner Priggen
(Grüne)



... Bildungspolitik, für mehr Leistung und Chancengerechtigkeit. In der Wirtschafts- und Klimapolitik für den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft, hin zu mehr Ressourceneffizienz und Nachhaltigkeit. Und in der Kommunalpolitik für eine bessere Finanzausstattung der Städte, der Sicherung von kommunalen Strukturen und der Demokratie.

... ebenfalls die Themen, die ich oben genannt habe. In diesen Bereichen müssen wir Weichen neu stellen und unmittelbar umsteuern, um kurz-, mittel- und langfristig Erfolge zu erzielen.

... die Integrationspolitik. Es ist eine gute Tradition im Düsseldorfer Landtag, dass dieses Thema über Fraktionsgrenzen hinweg behandelt wird. Auftakt hierfür war die ‚Integrationsoffensive‘ von 2001.

... die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken. Sie ist unnötig, gefährlich und teuer. Sie verhindert Investitionen im Bereich der Erneuerbaren, schädigt so auch die Stadtwerke, und die Endlagerfrage ist immer noch nicht gelöst. Kosten und Risiken für Betrieb und Lagerung trägt allein die Bevölkerung.

... die Subventionierung der Steinkohle wie geplant im Jahr 2018 endlich zu beenden.

Dr. Gerhard Papke
(FDP)



... Bildung und soziale Marktwirtschaft. Die Regierung aus FDP und CDU hat mehr als 8.000 Lehrerstellen geschaffen, den Unterrichtsausfall nahezu halbiert und die individuelle Förderung ausgebaut. Mehr als 250.000 Arbeitsplätze wurden geschaffen, weil Schwarz-Gelb dem Mittelstand mehr Freiräume zur wirtschaftlichen Betätigung ermöglicht hat.

... die Konsolidierung des Landeshaushalts. In Regierungsverantwortung von FDP und CDU wurde die jährliche Neuverschuldung massiv zurückgeführt. Rot-Grün plant nun eine unverantwortliche Neuverschuldung um 8,9 Mrd. Euro allein in diesem Jahr. Eine solche Verschuldungsorgie zulasten kommender Generationen wird die FDP nicht hinnehmen.

Die FDP-Fraktion versteht sich als konstruktive Opposition, die eigene Vorschläge für die Zukunft Nordrhein-Westfalens zur Debatte stellt. Selbstverständlich sind wir auf allen Themenfeldern gesprächsbereit, wie man den besten Weg für unser Land und seine Menschen finden kann.

... das umzusetzen, was SPD und Grüne in ihrem Koalitionsvertrag beschlossen haben. Eine ausufernde Neuverschuldung, die Abschaffung sozialverträglicher Studienbeiträge, der geplante Einstieg in die Einheitsschule und die Blockade unverzichtbarer Industrieprojekte würden Nordrhein-Westfalen schaden.

... den sozialverträglichen Ausstieg aus dem Subventionsbergbau. Die Landesregierung darf den Beschluss der EU-Kommission, den Steinkohlebergbau schon 2014 auslaufen zu lassen, nicht nur blindwütig bekämpfen, sie muss sich darauf einstellen, das Ende des Bergbaus vorzuziehen. Wichtig bleibt: Niemand darf ins Bergfreie fallen.

Bärbel Beuermann
(Linke)



... Bildung, Aus- und Weiterbildung sowie die Hochschulbildung. Für die Entwicklung unserer Kinder ist ein sozial gerechtes Bildungssystem nötig. Längeres gemeinsames Lernen in der „Einen Schule für Alle“ ist für mich die konsequente Fortführung einer individuellen frühkindlichen Förderung und Bildung.

... die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Allen Menschen in NRW muss eine würdevolle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht werden. Die Auswirkungen der sogenannten Hartz-IV-Gesetze haben zu einer „Vertafelung“ der Gesellschaft geführt. Dies ist für mich beschämend.

... die Stärkung der Kommunen. Die Finanzlage vieler Städte, Landkreise und Kommunen ist alarmierend. Ein wesentlicher Grund hierfür liegt in einem sich verschärfenden Rückgang der steuerlichen Einnahmen und der gestiegenen Mehrbelastung im Sozialbereich durch die Politik der Bundesregierung.

... die Negation dessen, dass es seit dem 9. Mai 2010 im Landtag NRW fünf Fraktionen gibt. Über Parteigrenzen und ideologische Verhaftungen hinweg sollte und muss es allen Fraktionen im Landtag ein Anliegen sein, im Diskurs für eine Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen in NRW einzutreten.

... die Beendigung der Überwachung unserer Partei durch den Verfassungsschutz. Ein Eintreten für eine solidarische, chancengerechte und antifaschistische Gesellschaft, in der aktive Demokratie, Selbstbestimmung und Emanzipation zu den Grundprinzipien gehört, bewegt sich auf dem Boden des Grundgesetzes.